Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 195. | Dresden, Freitag den 23. August 1912. | 23. Jahrg.

Die Teuerung.

Deutschland ist gegenwärtig auch nicht entfernt mehr in der Lage, seinen Fleischbedarf aus der inländischen Produktion zu decken. In letzter Zeit wurde in großen Mengen Vieh an den Markt gebracht, das durchaus noch nicht schlachtreif war. Die Rekordpreise haben manchen Besitzer auch zur Veräußerung des notwendigsten Viehbestandes verleitet. **Die Folge wird eine geradezu chronische Fleischteuerung sein. Die hohe Rentabilität des Getreideanbaus hat überdies schon einen ganz erheblichen Teil der Landwirte veranlaßt, das Hauptgewicht auf den Ackerbau zu legen und zur fast gänzlich viehlosen Wirtschaft überzugehen.** Die Folge davon ist, daß die Steigerung der Fleischpreise in Deutschland sich in einer Weise vollzieht, daß eine starke Gefährdung der Volksernährung eintreten muß. **Gerade in einem Staate, dessen breite Volksschichten mit Rücksicht auf ihre hohen Arbeitsleistungen in besonderem Maße der Fleischnahrung bedürfen, macht sich der Mangel einer ausreichenden Versorgung in nachteiligster Weise bemerkbar. Die neuerdings immer mehr notwendig gewordene Einschränkung des Fleischkonsums führt unweigerlich zu einer besorgniserregenden Schädigung unserer Volkskraft.**

In wie hohem Grade die fortschreitende Verteuerung aller wichtigeren Lebens- und Genußmittel auf die gesamte Lebenshaltung der Arbeiterklasse und aller minderbemittelten Schichten einwirkt, ergibt sich aus der Bewegung der Haushaltskosten, die in auffallendem Gegensatz steht zur Entwicklung der Einkommensverhältnisse. Berechnet man die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, in der Weise, daß man die dreifache Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten zugrunde legt, so erhält man nach den Angaben von 192 deutschen Städten für die ersten sieben Monate 1911 und 1912 folgende Indexziffern in Mark:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
1911	23,80	23,61	23,80	23,80	23,73	23,97	24,87
1912	24,60	24,59	25,18	25,74	25,58	25,85	26,10

Mithin ist im letzten Monat wieder eine Steigerung um 0,25 M. eingetreten. Gegen Juli 1911 ergibt sich eine Erhöhung der Haushaltskosten um 1,73 M. Seit Januar 1911 hat sich aber der Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie bereits um 2,60 M. pro Woche verteuert. Es kommt hinzu, daß gleichzeitig auch die Brennmaterialien, Textilrohstoffe und Mietpreise für Kleinwohnungen fast durchweg stark gestiegen sind. Wie soll sich unter diesen Umständen die Lebenshaltung der weniger bemittelten Volksschichten im kommenden Winter gestalten?

Die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes rechtfertigt die Vermutung, daß wir selbst bei anhaltender Hochkonjunktur in den größeren Städten während der Wintermonate mit einer ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Daß die Teuerung in nächster Zeit nachlassen wird, ist nach den neuesten Vorgängen am Lebensmittelmarkte nicht anzunehmen. Soweit für den Monat August schon statistische Angaben vorliegen, zeigt sich, daß die Preise für Rindfleisch (vom Bauch) fast überall die Grenze von 2 M. pro Kilogramm erreicht haben. Schweinefleisch (vom Bug, Schulter, Vorderschinken) wird mit 2,— bis 2,40 M. bezahlt und Schweinespeck kostet bereits 2,— bis 2,20 M. pro Kilogramm. **Die einfachsten Fleischsorten sind gegenwärtig für den weitaus größten Teil unserer Bevölkerung eine Delikatesse.** Wie lange wird es wohl noch dauern, ehe man auch „höheren Orts" und an den „nachgeordneten Stellen" begreift, daß dieser Notstand eine soziale Gefahr ersten Ranges bedeutet? Wieviele Enqueten, Konferenzen usw. werden nötig sein, um die Teuerung aktenmäßig festzustellen, die das deutsche Volk, soweit es nicht der begüterten Oberschicht angehört, nun schon seit Jahr und Tag an dem Mangel ausreichender Ernährung verspürt?

•

Die Stimme eines Landwirts.

Im Neuen Görlitzer Anzeiger spricht sich ein praktischer Landwirt über die Ursachen der Fleischteuerung aus. Auch er ist der Meinung, daß die Fleischnot ihren Höhepunkt noch gar nicht erreicht hat und führt weiter aus:

Die jetzt vorhandene Nahrungsmittelteuerung ist zweifellos **besonders durch die Getreide- und Futtermittelzölle** noch verschärft worden, weil die Preise für alle Futtermittel um die Höhe des Zolles, zu dem noch die Zollplackereien treten, erhöht worden sind. Der viehhaltende kleine Landwirt mußte direkt den ganzen Zoll tragen. Er muß in den Jahren, wo infolge mangels an Futtermitteln die Viehpreise niedrig sind, sein Vieh verschleudern, und hat dann noch vom Großgrundbesitzer Stroh, Eicheln, Rüben, Kartoffeln usw. zu kaufen. Sein Vieh ist längst veräußert, ehe die hohen Preise für Vieh kommen. Der Großgrundbesitzer hat im Verhältnis sehr wenig Vieh und kann seinen Viehstand auch in schlimmen Jahren gut durchbringen, um dann im nächsten Jahre hohe Preise für sein Vieh zu erhaschen. Wir finden hier wohl den größten Gegensatz zwischen Groß- und Kleingrundbesitz. Wäre es nicht an der Zeit, **die Futtermittelzölle abzuschaffen und die Getreidezölle herabzusetzen,** um einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen? Jeder rechtlich denkende Mensch muß heute einsehen, daß die Futtermittelzölle der Allgemeinheit keinen Nutzen, sondern nur Schaden bringen.

Dieses Urteil eines Praktikers bestätigt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen alle Stände leiden, der Stand der Großgrundbesitzer ausgenommen. Es könnten aber tausend kleine Landwirte ihre Stimme mit der der übrigen Bevölkerung vereinigen, die Regierung, die den „Schutz der nationalen Arbeit" auf die Fahne geschrieben hat, wird harthörig bleiben. Nationale Arbeit leisten nur die Großagrarier. Diese lassen von russischen Arbeitern Getreide bauen, um es als Futtermittel für fremdes Vieh, das nach Deutschland nicht herein darf, ins Ausland zu schicken, und lassen sich mit deutschem Geld in Form von Einfuhrscheinen dafür bezahlen! Das ist die „nationale Arbeit", die geschützt wird!

•

Agrarische Heimatspolitik.

Mit dem 1. August 1912 hat ein neues Erntejahr begonnen. Für das verflossene Getreidejahr liegen jetzt Angaben vor, die es ermöglichen, ein klares Bild über die Getreideversorgung im Jahre 1911/12 zu erlangen. Einwandsfrei ergibt nun die Statistik, daß **allein die agrarische Wirtschaftspolitik** die Entwicklung zu hohen Getreidepreisen in dem vergangenen Jahre bestimmte. Denn die Ernte wurde durch die lange Hitze nicht beeinträchtigt, die Erträgnisse der Hauptgetreidearten erfuhren im Gegenteil gegenüber den Vorjahren beträchtliche Steigerungen. Nach den vorliegenden Berechnungen betrug der Ernteertrag in Doppelzentnern:

	Weizen	Roggen	Hafer
1911/12:	40 663 350	106 661 160	77 041 910
1910/11:	38 614 790	105 111 600	79 003 760
1909/10:	37 057 470	113 484 150	91 258 160

Ganz anders war indes die Bewegung der Getreidepreise. Während die Höchstpreise 1910 und 1911 für Weizen mit 229 und 215 M., für Roggen mit 178 und 196 M. zu verzeichnen waren, stellte sich der höchste Weizenpreis im Jahre 1912 auf etwa 234 M., und der höchste Roggenpreis auf etwa 200 M. für die Tonne. Auch die Durchschnittspreise 1911/12 waren ganz außerordentlich höher als im Vorjahre.

Eine Zusammenstellung der Zahlen über die Getreide-Ein- und Ausfuhr Deutschlands gibt sofort ausreichende Aufschlüsse **über die Ursachen** dieser Preisbewegung. Es betrug in Doppelzentnern:

Gesamteinfuhr:	1911/12	1910/11	1909/10
Roggen	8 767 741	7 067 498	8 244 969
Weizen	28 665 507	27 820 611	26 734 449
Malzgerste	2 057 857	2 561 925	2 263 177
Andere Gerste	31 846 467	32 867 781	25 414 575
Hafer	6 443 175	8 067 885	5 257 727
Mais	9 678 465	8 610 832	6 531 023
Roggenmehl	13 260	14 671	10 428
Weizenmehl	184 629	196 872	166 872
Gesamtausfuhr:	**1911/12**	**1910/11**	**1909/10**
Roggen	8 536 850	7 545 588	6 791 427
Weizen	5 654 899	5 413 404	3 590 288
Gerste	339 991	270 068	258 277
Hafer	4 419 960	4 392 859	5 708 602
Mais	486 880	553 718	457 167
Roggenmehl	1 488 094	1 636 525	1 352 761
Weizenmehl	1 568 640	1 667 318	1 688 411

Bei der Betrachtung dieser Statistik fällt in die Augen, daß die Einfuhr im Erntejahre 1911/12 zurückgegangen ist, während die Ausfuhr in allen Getreidearten zugenommen hat. Eine bisher unerreichte Höhe nahm die Roggenausfuhr an, sie stellte sich für Roggen und Roggenmehl auf 9973944 Doppelzentner, die Weizenausfuhr auf 7728939 Doppelzentner und die Haferausfuhr auf 4419960 Doppelzentner.

Berücksichtigt man Einfuhr und Ausfuhr, so waren für die Getreideversorgung Deutschlands vorhanden in Doppelzentnern:

	Weizen	Roggen	Hafer
1911/12:	37 280 547	102 506 837	79 065 203
1910/11:	58 751 551	103 000 750	82 698 796
1909/10:	58 676 097	106 595 354	90 912 285

Es zeigt sich, daß im Jahre 1911/12 die für Deutschlands Brotversorgung zur Verfügung stehenden Mengen niedriger waren als 1910/11 und 1909/10. Für die Volksernährung bedeutet das um so mehr, da die Kartoffelernte schlecht war, die Kartoffelpreise eine enorme Höhe erreichten und die Preise für die meisten Gemüsearten so hoch schnellten, daß Gemüse für weite Volkskreise zur Luxusnahrung wurde.

Möglich sind diese Verhältnisse **allein durch unser Ausfuhrprämiensystem,** durch jenes System, das den Großgrundbesitzern und Getreideexporteuren für die Verschleuderung deutschen Getreides nach dem Auslande Prämien in Höhe von 50 und 55 Mark für die Tonne zuwendet.

Im Erntejahr 1911/12 sind an Ausfuhrprämien für Roggen 49,87 Millionen Mark, für Weizen 39,73 Millionen Mark und für Hafer 22,10 Millionen Mark gezahlt worden. Zusammen erreichen demnach die Ausfuhrprämien für diese drei Getreidearten in einem Jahre die Summe von 111,70 Millionen Mark. Erhalten haben die exportierenden Großgrundbesitzer und Getreidehändler diese Beträge. Daß für die Reichskasse die Gesamtsumme nicht entsprechende Barausfälle bedeutet, hängt damit zusammen, daß für Weizen und Hafer der Ausfuhr eine größere Einfuhr gegenüberstand. Indes trifft die Reichskasse ein schwerer, direkter Verlust aus dem Exportüberschuß für Roggen, der 6152923 Doppelzentner beträgt und damit der Reichskasse einen Ausfall von 30764615 Mark brachte. Die volle Summe der an die Exporteure zu entrichtenden Roggenausfuhrprämien beträgt mit rund 50 Millionen Mark etwa so viel, wie die Summe, die das Reich als jährlichen Zuschuß an die Sozialversicherung gibt. Für den importierten deutschen Roggen, Weizen und Hafer hat das Ausland Preise gezahlt, die um rund 110 Millionen Mark niedriger waren, als das deutsche Volk für die gleichen Mengen zu zahlen gezwungen wurde. Die Aufrechterhaltung der Getreideausfuhrprämien war ein Hohn auf alle sogenannten Notstandsaktionen, die allein darauf berechnet waren, den Eindruck hervorzurufen, als ob die Not des Volkes gelindert werden sollte, während in Wirklichkeit alle Bemühungen der Regierung nur darin gipfelten, nichts zu unternehmen, was die Wucherprofite des Großgrundbesitzes irgendwie einzuschränken geeignet war. Während die Regierungen es als Riesenleistung ausgaben, daß nach langem Drängen die Eisenbahntarife für Futtermittel usw. im Inlandverkehr als Notstandskonzession herabgesetzt wurden, haben die Großgrundbesitzer und Exporteure für die Ausfuhr des nach dem Auslande verschleuderten deutschen Getreides immer spottbillige Tarife, die nicht einmal die Eigenkosten der Verwaltungen decken. Rund 118 Millionen Mark Ausfuhrprämien für Weizen, Roggen und Hafer in einem Jahre, das für das deutsche Volk ein Notstands- oder gar ein Hungerjahr war, charakterisieren die agrarische Wirtschaftspolitik, die ihre Vertreter und Nutznießer als „staatserhaltende Heimatspolitik" feiern.

•

Rekord in Pferdefleisch.

Im Reichskanzlerblatt, der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, ist zu lesen:

„Der **Verbrauch von Pferdefleisch in Berlin** hat seit Jahr und Tag **infolge der Fleischteuerung** ständig zugenommen. Die Berliner Roßschlächter müssen sich der Zentralroßschlächterei bedienen. Hier wurden nach einer Zusammenstellung des Statistischen Amts der Stadt Berlin in den ersten sechs Monaten dieses Jahres insgesamt **5924 Pferde geschlachtet** und für den Verkauf freigegeben. Davon entfielen auf den Monat Januar 1120, Februar 955, März 1113, April 984, Mai 951, Juni 801. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrugen die Schlachtungen 4461 Stück. In diesem Jahre wurden also **1463 Pferde mehr** geschlachtet. Der Monat Juli hat wiederum eine Steigerung erfahren und der laufende **Monat dürfte infolge der eminenten Fleischpreiserhöhung einen Konsumrekord von 1000 Stück Pferden** bringen. Im Laufe der letzten Monate sind in den vorherrschend von Arbeitern bewohnten Stadtteilen **20 bis 30 neue Roßschlächtereien,** das heißt Läden, in denen Roßfleisch und Roßfleischwaren verkauft werden, eröffnet worden."

Diese Pferdefleischstatistik, die an sich sehr bemerkenswert ist, wird dadurch noch besonders interessant, daß sie sich ausgerechnet im Organ der Reichsregierung findet. Vielleicht erfahren jetzt auch die auf ihren Gütern oder in ihrem Ferienidyll lustwandelnden Staatsmänner des Deutschen Reiches etwas von der Not, die im Volke herrscht.

Das deutsche Volk leidet nachweislich an Unterernährung, weil der Fleischkonsum hinter der Quote zurückbleibt, die vom Reichsgesundheitsamt als zur genügenden Ernährung erforderlich aufgestellt worden ist. Es ist immerhin etwas, daß die Hauptstadt des Deutschen Reiches, das jährlich weit über eine Milliarde Mark zur künstlichen Konservierung von 25000 Großgrundbesitzerfamilien hinauswirft, schon einen vom Regierungsblatt festgestellten Konsumrekord in Pferdefleisch leistet. Soweit hat es die herrschende Wirtschafts- und Steuerpolitik glücklich gebracht. Soll es vielleicht auch noch dazu kommen, daß ein Konsumrekord in Rattenfleisch aufgestellt wird?

•

Fleischkrieg in Württemberg.

Aus Stuttgart wird uns berichtet:

In zahlreichen Städten Württembergs ist eine starke Bewegung gegen die Fleischermeister im Gange. Leider ist es eine alltägliche Erscheinung, daß, wenn die Preise anziehen, immer manche gewissenlose Zwischenhändler die Gelegenheit benutzen, noch besondere Extraprofite zu machen. So haben auch die württembergischen Metzger die auf den Viehmärkten eingetretene Erhöhung der Preise sich in einer Weise zunutze gemacht, die vor allem bei der Arbeiterschaft aber auch bis weit in bürgerliche Kreise hinein, helle Empörung hervorrufen mußte. Der Fleischaufschlag, der in vielen Gemeinden in den letzten Wochen von den Metzgerinnungen diktiert wurde, übersteigt stark die Grenze, die sich aus den gegenwärtigen Viehpreisen rechtfertigen läßt. In Landstädten, in denen bei weitem nicht die Unkosten in Betracht kommen, die der moderne Metzgereibetrieb in der Großstadt erfordert, ist kaum noch ein Pfund Fleisch unter 95 Pf. zu bekommen, vielfach kostet es 1 M. Dabei werden meist geringe Qualitäten geführt. Die Arbeiterfrau bekommt so leicht keine erstklassige Ware, denn der klein-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120823/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG